

StPr in / Obama / StR / 10.1 / 30

Ratsherr Mark Proch, NPD
Am Brunnenkamp 4
24537 Neumünster

0279/2013/An

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

, den 09.05.16

12.05.16/Jo.
12.05.16
ab 12.5.16

Antrag zur Ratsversammlung

Antragsteller: Ratsherr Mark Proch, NPD

Betreff: Resolution „TTIP muß unbedingt verhindert werden!“

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 07.06.16

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung lehnt das Freihandelsabkommen TTIP konsequent ab und fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um TTIP zu verhindern!

Begründung:

Bereits seit langem warnt die NPD vor TTIP und seinen Folgen. Das im Geheimen verhandelte Abkommen zwischen den USA und der EU soll, wenn es nach US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel geht, sehr schnell auf den Weg gebracht werden. Nicht einmal die nationalen Parlamente haben bisher Einblick in sämtliche Verhandlungsunterlagen erhalten.

Kein Wunder, denn es geht nicht nur um Genmais und Chlorhühner. Die USA fordern von Europa die Zulassung sämtlicher Substanzen und Produkte, die in den USA erlaubt, in Europa aber aus ökologischen oder gesundheitlichen Gründen verboten sind. Die USA wollen, daß Produkte prinzipiell zugelassen werden. Staatliche Eingriffe solle es nur geben, wenn sich das Produkt im Nachhinein als gefährlich oder gesundheitsschädlich erwiesen hat. In Europa hingegen gilt das Vorsorgeprinzip, dem zufolge vor der Zulassung geprüft werden muß, ob ein Produkt oder eine Substanz Gefahren für den Menschen oder die natürlichen Lebensgrundlagen aufweist.

Auch kleine und mittelständische Unternehmen protestieren gegen TTIP. Die Wirtschaftsinitiative „Kleine und Mittelständische Unternehmen gegen TTIP“ erklärt, daß das Abkommen mit erheblichen Gefahren für die deutsche Wirtschaft verbunden wäre. So heißt es in einem Aufruf der Initiative: „Wir widersprechen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, wenn sie behaupten, TTIP würde dem Mittelstand nutzen. Das Gegenteil ist der Fall. Zentrale Elemente des geplanten Abkommens wie die Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS), die Vereinheitlichung von Normen und Standards sowie die Marktöffnung im Bereich der Kultur, der Daseinsvorsorge und der öffentlichen

Ausschreibungen nutzen vor allem den Interessen globaler Konzerne, die mit besserer Kapital- und Personalausstattung kleine und mittelständische Unternehmen vom Markt verdrängen werden.“

Eines muß jedem klar sein: Wird TTIP Realität, wird sich Deutschland nicht mehr dagegen wehren können, daß genetisch veränderte Lebensmittel in die Supermärkte gelangen, daß riskante Technologien wie Fracking in Deutschland angewendet werden, daß Kennzeichnungspflichten unterlaufen und Umwelt-, Gesundheits-, Verbraucher- und Arbeitsschutzstandards im Interesse von US-Konzernen ausgehöhlt werden. Deutschland und Europa wären nicht mehr wiederzuerkennen, wenn TTIP umgesetzt wird.

Daher muss es nun darum gehen, die Inhalte der bisherigen Verhandlungsrunden einer möglichst großen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Denn bisher steht die Bekanntheit der Inhalte in keinem Verhältnis zu den gravierenden Auswirkungen für jeden Menschen in unserem Land.

Wir Nationaldemokraten sagen: TTIP gefährdet das Leben aller Menschen in Europa, zerstört die kümmerlichen Reste der Demokratie in Deutschland, untergräbt die Handlungsfähigkeit der europäischen Nationalstaaten und muß daher verhindert werden!

Ratsherr Mark Proch (NPD)

